

Ideenwettstreit soll Entwicklung anstossen

Ein knapp zweijähriger Prozess der Ideenkonkurrenz ist abgeschlossen. Gestern wurden Empfehlungen fürs Urserntal präsentiert.

Urs Hanhart

Der Kanton Uri hat Anfang 2020 gemeinsam mit den vier Gemeinden Göschenen, Andermatt, Hospental, Realp sowie den beiden Korporationen Uri und Ursern mit einer Ideenkonkurrenz externer Planungsteams einen Wettstreit der Ideen zur räumlichen Entwicklung lanciert. Damit soll die Dynamik der vergangenen Jahre aufgenommen und die Zusammenarbeit zwischen den Gemeinden verstärkt werden.

Die Empfehlungen zu den Themen Siedlung, Verkehr, Landschaft und zur regionalen Zusammenarbeit wurden gestern im Rahmen einer Medienkonferenz in Göschenen durch den Vorsteher der Justizdirektion, Regierungsrat Daniel Furrer, Vertreter der Gemeinderäte der vier beteiligten Gemeinden und dem Raumplanungsprofessor Bernd Scholl als Vorsitzenden des Beurteilungsgremiums präsentiert.

«Es geht nicht darum, ein Siegerprojekt zu küren»

Furrer betonte einleitend: «Das Ziel der Ideenkonkurrenz zum Tourismusentwicklungsraum Urserntal 2040 ist die Stärkung der regionalen Zusammenarbeit und einen Denkanstoss zu liefern, wie es weitergehen könnte. Wir sind überzeugt, dass die Fragen, die sich stellen, nur innerhalb der Region gelöst werden können.» Scholl wies darauf hin, dass der Ideenwettstreit ein neuartiges Verfahren für Gemeinden dieser Grössenordnung darstelle. «Anders als bei einem Wettbewerb geht es nicht darum, ein Siegerprojekt zu küren. Sondern es geht darum, die besten Ideen der einzelnen Teams herauszufiltern und dann in einem Mosaik zusammenzusetzen für ein Zukunftsbild der Region, das tragfähig ist und über viele Jahre, ja vielleicht sogar Jahrzehnte umgesetzt wird», so der Raumplanungsprofessor.



Im Zentrum der Ideenkonkurrenz steht unter anderem die Entwicklung des Urserntals.

Bild: PD

In der Folge zeigte er einige exemplarische Beispiele auf. «Wir haben erkannt, dass die Übernachtungskapazitäten im Urserntal gegenüber anderen Destinationen relativ beschränkt sind», so Scholl. «Das bedeutet, dass es einen ansehnlichen Anteil Tagestourismus braucht, um die attraktiven Angebote im Tourismusbereich ausnutzen zu können.» Das bringe auch viele verschiedene Herausforderungen mit sich.

Die malerischen Ortsbilder bewahren

Eine davon sei, die verschiedenen Ansprüche der unterschiedlichen Tourismussegmente in Einklang zu bringen und gleichzeitig die Belange und Wünsche der ortsansässigen Bevölkerung zu berücksichtigen. Insbesondere gelte es, die malerischen und zum

«Das Ziel ist es, einen Denkanstoss zu liefern, wie es weitergehen könnte.»



Daniel Furrer
Regierungsrat

«Übernachtungskapazitäten im Urserntal sind gegenüber anderen Destinationen relativ beschränkt.»



Bernd Scholl
Raumplanungsprofessor

Teil geschützten Ortsbilder zu bewahren.

Zu Göschenen sagte der Professor: «Dort geht es ganz zentral darum, eine Drehscheibe auszubilden, die ganz unterschiedliche Anforderungen und Ansprüche in der Zukunft gewährleistet», so Scholl. «Dazu gehört ein leichtes Umsteigen von den Bahnen, aber auch die Möglichkeit, vom Auto auf die Bahn umzusteigen und als neues Element eine Seilbahn, die es erlaubt, Skitouristen direkt auf den Gütsch zu bringen.» Dies alles auf dem beengten Raum unterzubringen sei allerdings eine grosse Herausforderung.

Als eine der grössten Herausforderungen für Andermatt erachtet Scholl, eine attraktive Verbindung zwischen Neu-Andermatt beziehungsweise Andermatt Reuss mit dem traditio-

nellen Dorfkern herzustellen. Jetzt sei es schwierig, sich zu orientieren. In Hospental steht gemäss dem Professor unter anderem die Neugestaltung und Verdichtung des Bahnhofgebietes im Zentrum. Als Grundlage für die Umsetzung verschiedener Nutzungsideen und Projektabsichten werde empfohlen, ein Gesamtkonzept zu entwickeln und mit dem Ortsbildschutz abzustimmen. Für Realp sei es ganz wichtig, die touristischen Angebote weiter auszudifferenzieren. Vor allem brauche die kleinste der vier Gemeinden eine möglichst wintersichere Verbindung. «Insgesamt haben wir eine grosse Bereitschaft zur Zusammenarbeit gespürt, die sich immer weiter intensiviert hat», unterstrich Scholl.

Kritische Worte aus Göschenen

Von den Gemeindevertretern kamen allerdings ganz unterschiedliche Reaktionen. Während sich die Gemeindepräsidenten von Hospental, Rolf Tresch, und Realp, Armand Simmen, sowie Jost Meyer als Vertreter von Andermatt überwiegend positiv äusserten und von einer «guten Sache» sprachen, schlug der Göschener Gemeindepräsident Peter Tresch andere Töne an. Unter anderem sagte er: «Ich war schon als Landrat gegen dieses Projekt und daran hat sich nicht viel geändert. Das alles ist Wunschdenken und es ist nichts Neues hinzugekommen.»

Die vorliegenden Empfehlungen zur Entwicklung von Siedlung, Landschaft, Verkehr und zur regionalen Zusammenarbeit sollen nun mit der Bevölkerung in den vier Gemeinden diskutiert werden. Mit einer Onlineumfrage unter www.ur.ch/ursern, die bis Ende Oktober dauert, werden die Einwohner eingeladen, ihre Meinung abzugeben. Ende 2021 soll dann eine Fazit-Veranstaltung stattfinden, an der auch über das weitere Vorgehen beraten wird.

«Nurse Practioniers» haben sich in Uri bewährt

Mit zehn Fragen zum Urner Gesundheitswesen war Landrätin Frieda Steffen-Regli an die Regierung gelangt.

Von einer bemerkenswerten Erkenntnis schreibt der Urner Regierungsrat in seiner Antwort auf ein Postulat von CVP-Landrätin Frieda Steffen-Regli aus Andermatt. Die Regierung stellt darin fest, dass sich das Modell des sogenannten «Nurse Practitioners» – einer Pflegefachperson mit erweiterten Kompetenzen – in einer Urner Hausarztpraxis gut bewährt habe. Dies sei bemerkenswert, weil: «Die Rolle von Pflegeexpertinnen in einer Hausarztpraxis war in der gesamten Schweiz, nicht nur im Kanton Uri, noch wenig bekannt.» Es habe sich gezeigt, dass die Betreuung älterer Patientinnen und Patienten mit mehreren Krankheiten sowie Hausbesuche optimale Einsatz-

gebiete für solche «Nurse Practitioner» darstellen würden. «Die Akzeptanz und Zufriedenheit sowohl bei Patienten als auch Angehörigen ist sehr hoch.»

Weniger bewährt habe sich dagegen die zahnmedizinische Versorgung von älteren und pflegebedürftigen Menschen mit fahrenden Zahnärzten, die ihre Dienstleistung mobil anbieten. Es heisst: «Denn der Behandlungsraum im Fahrzeug ist sehr eng und für zahlreiche Menschen ungewohnt beziehungsweise beängstigend.»

Dabei verweist der Regierungsrat auch auf die Studie «Geria Dent». Der Bericht hierzu ist unter www.age-stiftung.ch abrufbar und war vom Kanton

Uri mit 20 000 Franken unterstützt worden. Hinter dem Projekt steht der Verein Labucca. Statt der mobilen Lösung soll nun Urner Zahnärzten eine mobile Dentaleinheit, also ein Koffer mit dem benötigten Zubehör, zur Verfügung gestellt werden. Damit können die Urner Zahnärzte ihre Behandlung von Patienten bei diesen zu Hause anbieten.

Hiermit hat der Regierungsrat zwei von sieben Fragen beantwortet, die im Zuge von Steffen-Reglis Postulats aufkamen. Drei weitere Fragen sollen im Rahmen der kantonalen Gesundheitsstrategie 2023 erarbeitet und beantwortet werden. Bei diesen ging es im Postulat um die niedrige Ärzte-

dichte in Uri beziehungsweise die geringe Zahl an Arztbesuchen pro Person (2,8 pro Jahr statt wie im Schweizer Schnitt 3,9) sowie um Methoden zur besseren Vernetzung im Urner Gesundheitswesen, etwa mit Qualitätszirkeln.

Die fünfte Frage betraf das junge Ärztenetzwerk «Uri Med», das den ärztlichen Nachwuchs in Uri fördern und künftige Ärzte möglichst für eine Niederlassung in Uri gewinnen wollte. Urner Medizinstudenten wurden im Netzwerk mit nützlichen Kontakten und fachspezifischen Informationen unterstützt. Die Gesundheitsdirektion will diese Aktivitäten auch weiterhin anbieten. Aufgrund der Corona-Pandemie konnten

jedoch keine Veranstaltungen mehr angeboten werden.

Netzwerk-Gründer hat Kanton verlassen

Die «Urimed GmbH» dagegen sei eine private Firma, die im Oktober 2018 von einem Arzt gegründet wurde. «Der Arzt beabsichtigte, in Uri spezifische ärztliche Dienstleistungen zu erbringen», schreibt der Regierungsrat. Er sei sich bei der Firmengründung nicht bewusst gewesen, dass es bereits ein Urner Projekt mit dem gleichen Namen gab. Inzwischen habe der Arzt seine Tätigkeit in Uri aufgegeben, weil nach den von ihm spezifisch angebotenen ärztlichen Dienstleistungen in Uri kein Bedarf bestand. Weiter

heisst es, dass in Andermatt Bemühungen im Gange seien, eine Drogerie anzusiedeln. Der Regierungsrat hat mit Beschluss vom 20. Oktober 2020 der Gemeinde Andermatt für die Realisierung des Projektes einen paritätischen Kantonsbeitrag von 100 000 Franken in Form eines zinslosen und befristeten Darlehens zugesichert. In der entsprechenden Frage Steffens ging es um die medizinische Grundversorgung mit Apotheken und Drogerien für Touristen. In der Antwort heisst es: «Bei Bedarf kann für Hotelgäste ein beschränktes Angebot an Notfallmedikamenten in den Hotels zur Verfügung gestellt werden.»

Christian Tschümperlin